

(A) Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 18/4450, 18/2492 und 18/2493 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 32 auf:

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2015**Drucksache 18/4970**

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner erhält Bundesminister Christian Schmidt für die Bundesregierung das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(B) Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der Vorlage des Agrarberichts rückt das Thema Landwirtschaft in das Zentrum der Debatte und, ich hoffe, auch in das Zentrum der Gesellschaft. Für die Debatte stehen uns 38 Minuten zur Verfügung. Ich würde mich freuen, wenn es uns darüber hinaus gelingt, die Diskussionen über die Zukunft der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und, nicht zu vergessen, der Fischereiwirtschaft breit in die Gesellschaft hineinzutragen. Die Debatte muss nicht von allgemeinen Übereinstimmungen gekennzeichnet sein. Auf jeden Fall aber sollten wir den Handelnden – das sind in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in erster Linie die Erzeuger, die Bäuerinnen und Bauern, die Fischer und die Forstwirte – zunächst dafür danken,

(Dieter Stier [CDU/CSU]: Sehr gut!)

dass sie unser Land in einem hervorragenden Zustand halten und die Ernährung sichern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Der Agrarbericht zeigt, dass wir in Bezug auf Leistungsfähigkeit und Produktivität zusammen mit den vor- und nachgelagerten Bereichen – ein Begriff, der alles umfasst: vom Boden bis zum Teller – bisher viel erreicht haben. Die Land- und Ernährungswirtschaft hat eine Bruttowertschöpfung von 161 Milliarden Euro erzielt. Das sind mehr als 6 Prozent der Wertschöpfung aller

Wirtschaftsbereiche und unterstreicht die Bedeutung der Ernährungswirtschaft. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Unsere Produkte sind weltweit beliebt und gefragt. Jeden vierten Euro erlöst die deutsche Landwirtschaft im Export, die deutsche Ernährungswirtschaft sogar jeden dritten Euro. Der Export ist natürlich keine Einbahnstraße. Aber wir sollten uns auch in Verhandlungen über Freihandelsabkommen immer wieder vor Augen führen: Wir müssen einerseits unsere Standards durchsetzen, aber wir müssen andererseits im globalen Kontext gestaltungsfähig bleiben und deshalb unsere Qualitätsprodukte aus Deutschland mit Selbstbewusstsein vermarkten. Ein Nichtvermarkten, eine Entlastung der Produktion zulasten von anderen Märkten über den Weg von Exporterstattungen, gibt es mit mir und dieser Bundesregierung Gott sei Dank nicht mehr. Das ist kein richtiger Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das würde auch die Auffassung, über die die wichtigsten Industriestaaten beim G-7-Gipfel in Elmau übereingekommen sind, nicht widerspiegeln. Wir wollen uns mit fairen Produkten und fairer Produktion auf dem globalen Markt behaupten. Das ist das Ziel.

Die bäuerliche Landwirtschaft ist das Rückgrat des Erfolges. In Deutschland gibt es 285 000 solcher Betriebe, 90 Prozent davon sind Familienbetriebe. Ich freue mich deshalb, dass es uns gelungen ist, den Strukturwandel, der stattgefunden hat und der, wie der Strukturwandel in anderen Bereichen unserer Gesellschaft auch, weitergehen wird – da sollten wir ganz realistisch sein –, etwas abzufedern. (D)

Heute haben wir im Verhältnis zur Zahl der Betriebe vor 40 Jahren gerade noch 15 Prozent; die Leistungsfähigkeit ist hingegen deutlich gesteigert worden. Ich möchte klar sagen, dass für die bäuerlichen, familiären Betriebe mit ihrer Unmittelbarkeit im Wirtschaften, aber auch für die Nebenerwerbsbetriebe, die ich auch erwähnen möchte, eine Stabilisierung der Produktion und die Orientierung nicht nur am Markt, sondern auch in der Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen.

Ich sehe meine Aufgabe darin, deutlich zu machen, dass der vorgelegte Bericht einen Hinweis gibt, dass die Landwirte im Prinzip zuversichtlich nach vorne schauen können. Damit das weiter so bleibt, ist vorgesorgt: Die beschlossene Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union bis 2020, die bei uns umgesetzt wird, trägt zur Planungssicherheit für unsere Bäuerinnen und Bauern bei; das ist der Boden, auf dem sie und auch wir stehen. Wir haben stabile Direktzahlungen in Höhe von knapp 5 Milliarden Euro bis 2020 gesichert. Dadurch hat sich die Einkommenslage der Landwirte weiter verbessert. Deutschlands Landwirte liegen mit im Schnitt 45 800 Euro Gewinn deutlich über dem EU-Durchschnitt von knapp 18 000 Euro. Denjenigen, die jetzt zuhören und sich fragen: „Ja, was sagt denn der Minister hier? Weiß der nicht, wie meine augenblickliche Milchabrechnung aussieht? Die sieht nicht so aus“, muss ich

Bundesminister Christian Schmidt

- (A) sagen: Ich weiß. Ich berichte über einen vergangenen Zeitraum, den Zeitraum bis Ende letzten Jahres. Wir müssen feststellen, dass es in der Einkommenssituation der Landwirte in diesem Jahr leider Verwerfungen gibt. Was ist daran schuld? „Schuld“ ist das falsche Wort. Was sind die Ursachen? Wetter, Märkte, Menschen.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die wichtige Frage ist: Was tun Sie? Das ist die einzige Frage!)

– Gegen das Wetter, lieber Kollege Ostendorff, können wir gerne gemeinsam vorgehen.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir reden nicht über das Wetter, wir reden über das Einkommen!)

– Da Sie das Einkommen ansprechen: Sie wissen ja, dass wir gerade durch die Stabilität unserer Politik die Grundlage dafür schaffen, dass das Einkommen der Landwirte erhalten bleibt und besser wird.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Bei der Milch war das nicht ganz so überzeugend!)

– Bei der Milch haben wir einen großen Wandel weg von der Milchquote bewältigen müssen. Die Milchquote hat übrigens auch nicht die Milchkatastrophe in den Jahren 2007 und 2008 verhindert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

- (B) Alle die, die Patentrezepte kennen, möchten sich bitte bei mir melden. Nein, wir brauchen ein Netzwerk, das Leitplanken schafft und Krisenreaktionen beinhalten. Das hat die Europäische Union, glaube ich, ganz gut entwickelt. Wir müssen in diesem Bereich aber aktiv bleiben und werden das tun.

Ich will auf das Bodenrecht hinweisen. Steigende Pachtpreise, mancherorts um 50 Prozent, und eine zunehmende Flächenkonzentration sehe ich kritisch für unsere heimische Agrarstruktur. Das ist eine Baustelle, an der wir arbeiten müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine weitere Baustelle ist die Bürokratie. Es gab einmal die Diskussion um eine Steuerreform – Sie erinnern sich vielleicht noch –, in der ein Bierdeckel eine Rolle spielte. Auf den will ich gar nicht hinaus. Aber die Ausdehnung der bürokratischen Belastungen – Mehrfachantrag etc., durch das Greening nicht weniger geworden – sind für mich Anlass, anzukündigen, dass die Bundesregierung, mein Haus, zukünftig im Abstand von zwei Jahren einen Bericht darüber vorlegen wird, wie die Belastung der Landwirtschaft und der Erzeuger durch europäische und nationale Regelungen aussieht und wo Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Wir müssen dieses Thema angehen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ablenkungsmanöver!)

Es gibt eine Reihe von Themen, die es erfordern, dass die Mitte der Gesellschaft mitredet. Diejenigen, die über die Landwirte reden, sollten zuerst mit ihnen reden. Das schärft den Blick für das Wesentliche und das Machbare. Ich appelliere an die Dialogfähigkeit unserer Gesellschaft. Nicht über die Landwirtschaft reden, sondern mit ihr, das schafft Erkenntnis.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das gilt auch für die Frage des Tierwohls, wo wir viele Initiativen ergriffen haben, die eindeutig und gut überschaubar Verbesserungen bringen. Es geht um die Kernkompetenz der Agrar- und Ernährungsbranche. Dabei sind Anpassungsfähigkeit, Modernität und Innovation von Bedeutung. Es ist ja nicht so, dass diese keine Rolle spielen. Dabei gibt es auch eine Verknüpfung mit den umweltpolitischen Herausforderungen, zum Beispiel mit den Düngeregelungen, die wir in der nächsten Zeit besprechen werden, oder mit den Belastungen der Luft. Das sind Probleme, welche die Landwirtschaft nicht leugnet. Sie ist bereit, darüber zu sprechen. Wir müssen über diese Dinge in einem gesamtgesellschaftlichen Dialog reden und dann Entscheidungen treffen.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Herr Minister, Sie haben Ihre Redezeit schon deutlich überschritten.

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Herzlichen Dank für den Hinweis. – Ich möchte noch einen letzten Hinweis bezüglich des ländlichen Raums geben, der für uns ganz wichtig ist. Eine unabhängige Jury hat mein Modellvorhaben „Land(auf)Schwung“ bewertet. Von den 37 Landkreisen in Deutschland, die sich beworben hatten, sind 13 ausgewählt worden. Auch die nicht Ausgewählten verdienen für ihr Konzept Achtung und Unterstützung. Bei ihnen wird es noch manch eine Weiterentwicklung geben. Heute werden die entsprechenden Landkreise die Information erhalten, dass sie ihr Entwicklungskonzept für den ländlichen Raum in den nächsten Jahren mit einer Finanzierung von ungefähr 1,5 Millionen Euro umsetzen können.

Wir bleiben bei der Agrarentwicklung und brauchen keine Agrarwende.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Als nächste Rednerin in dieser Debatte hat Dr. Kirsten Tackmann von der Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Die Koalition hat ja so wenig Redezeit, da muss man schon mal überziehen!

Dr. Kirsten Tackmann

(A) (Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Präsidentin! Liebe Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich das Inhaltsverzeichnis des Agrarberichtes las, war ich positiv überrascht. Denn das erste Mal seit 1990 wurde dort der Begriff „Agrarleitbild“ erwähnt. Beim weiteren Lesen wurde ich doch bitter enttäuscht. Von den siebeneinhalb Zeilen im entsprechenden Absatz wird höchstens ein Phrasenschwein fett.

Ja, alle Stichworte sind richtig: ländliche Räume, multifunktionale Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, landwirtschaftliche Familienbetriebe, Unternehmen mit bäuerlicher Wirtschaftsweise. – Das wurde sprachlich noch mit Adjektiven wie „attraktiv“, „vital“, „lebenswert“, „ökologisch verantwortbar“, „nachhaltig“ sowie „ökonomisch leistungsfähig“ geschmückt. Aber das sind doch bestenfalls Überschriften. Sie stellen jedoch kein Leitbild dar. Dabei ist ein Leitbild bei den vielen ökologischen und sozialen Herausforderungen doch wirklich dringend notwendig.

Bei diesen Herausforderungen geht es zum Beispiel um die Bodenpolitik. Der Agrarbericht beschreibt immerhin sehr zutreffend die Problemlage, auf die wir Linken seit Jahren hinweisen. Dabei geht es um zum Teil drastisch gestiegene Kauf- und Pachtpreise, um die zunehmende Aktivität nichtlandwirtschaftlicher Investoren, um – wie es zum Beispiel auch in meinem Dorf in Brandenburg der Fall ist – Holdingstrukturen in der Landwirtschaft sowie um die deutliche Zunahme der Konzentration des Bodenbesitzes in bestimmten Regionen.

(B) Ja, das führt zu einschneidenden Veränderungen auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt. Aber, Minister Schmidt, wo sind denn Ihre Initiativen, um das endlich zu ändern? Beim Boden geht es doch schließlich um die Existenzgrundlage der regionalen Landwirtschaft. Gerade in Ostdeutschland läuft doch längst die Umverteilung des Bodens in die Hände landwirtschaftsfremder Kapitalgeber. Es gibt doch real längst Ackerbauholdings, die aus der Ferne gesteuert werden. Zum Beispiel geschieht das auch in Bezug auf die Felder in meinem Dorf. Dabei wird in Niedersachsen bestimmt, was in Brandenburg wächst. Statt aber Vorschläge zu machen, verweisen Sie auf die Zuständigkeit der Länder. Und Sie sagen, dass alles so kompliziert sei und man miteinander reden müsse.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ablenkungsmanöver sind das!)

Ja, richtig. Aber mit welchem Ziel denn? Es gibt doch Vorschläge, die sinnvollerweise im Bund oder wenigstens bundeseinheitlich geregelt werden sollten. Zum Beispiel geht es darum, dass Anteilskäufe bei Agrarunternehmen von Behörden genehmigt werden müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Tun Sie doch endlich etwas gegen die feindlichen Übernahmen durch landwirtschaftsfremdes Kapital!

(Beifall des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C) Wo bleibt denn ein bundesweites Kataster, aus dem hervorgeht, wer wo wie viel Boden besitzt? Ich fürchte, es gibt ein böses Erwachen, weil sich schon jetzt immer mehr Boden im Besitz von wenigen kapitalstarken Händen konzentriert. Hier ist Gefahr in Verzug. Handeln Sie, Herr Minister!

(Beifall bei der LINKEN)

Wem gehört das Land? Das ist doch eine der zentralen Zukunftsfragen. Marktgläubigkeit ist hier die völlig falsche Antwort! Es geht aber nicht nur um die ortsansässigen Betriebe. Wenn Bodeneigentum und Landbewirtschaftung nichts mehr mit den Menschen in den Dörfern zu tun haben, dann stirbt das Dorf. Deshalb wollen wir Linken eine Allianz zwischen Dorfbevölkerung, ortsansässigen Betrieben und Verbraucherinnen und Verbrauchern.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt noch mehr Brennpunkte, denen Sie ausweichen, Herr Minister. Stichwort: Bioökonomie. Ja, wir müssen raus aus dem fossilen Kohlenstoffzeitalter; aber wenn die Landwirtschaft zum Rohstofflieferanten degradiert wird, ist es doch mit der Nachhaltigkeit zu Ende. Die Konflikte zwischen Tank, Trog und Teller werden dann nur noch nach Gewinnerwartungen entschieden. Das dürfen wir doch nicht zulassen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Hier geht es schließlich um die Daseinsvorsorge, um die Versorgung mit Lebensmitteln und erneuerbaren Energien.

Nachwachsende Rohstoffe sind nicht unendlich verfügbar. Die Anbaufläche ist doch begrenzt, und wir verlieren täglich 70 Hektar. Zwischen 2005 und 2013 ist die Anbaufläche für Biomasse um rasante 40 Prozent gewachsen, zulasten von Lebensmitteln und Futtermitteln. Der Anstieg hat sich jetzt zwar verlangsamt, aber wir brauchen endlich eine Biomassestrategie, die energetische und stoffliche Nutzung zusammenführt. Dann wird es auch was mit dem nachhaltigen Anbau.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Noch ein Thema möchte ich ansprechen. Die USA erleben gerade einen verheerenden Vogelgrippeseuchenzug, dem schon 40 Millionen Stück Geflügel zum Opfer gefallen sind. 10 Prozent der Eierproduktion wurden vernichtet. Als Tierärztin sage ich: Das hat auch was mit Risikostrukturen zu tun, nämlich mit zu vielen Tieren an einem Standort und in einer Region.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das sollte uns jetzt wirklich mahnen. Lassen Sie uns endlich Obergrenzen für Tierbestände an einem Standort und in einer Region gesetzlich definieren.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) Das bringt übrigens auch wieder Frieden in die Dörfer; denn 40 000 Schweine oder 400 000 Hähnchen in der Nachbarschaft sind definitiv zu viel.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Als nächster Redner spricht Dr. Wilhelm Priesmeier von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Minister, ich freue mich außerordentlich, dass Sie die Zeit gefunden haben, in der wichtigen Debatte heute einen Redebeitrag zu leisten.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sollte selbstverständlich sein! – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Es ist doch sein Bericht! Er hat ihn geschrieben!)

Denn ich glaube, es ist die vornehmste Aufgabe des Ministers, zum Agrarbericht hier im Parlament Stellung zu beziehen.

- (B) Wir haben die zeitliche Abfolge vor etlichen Jahren verändert: Früher gab es jährlich einen Agrarbericht; jetzt diskutieren wir alle vier Jahre einen Agrarbericht. Deshalb kann man jetzt immer nur auf vier Jahre zurückschauen. Die Rückschau weist viele Zahlen für die letzten vier Jahre aus, die durchaus positiv sind. Da kann man würdigen, dass unsere Agrarwirtschaft international wettbewerbsfähig ist. Das Exportvolumen von 60 Milliarden Euro spricht eine deutliche Sprache. Bei so vielen positiven Zahlen und Entwicklungen kann man an sich stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Jeannine Pflugradt [SPD])

Wenn wir die Diskussionen in der Rückschau betrachten und versuchen, in die Zukunft zu schauen, erkennen wir aber auch eine Diskussion in der Gesellschaft, in der viele die Form der Produktion und Wertschöpfung kritisch hinterfragen. Das ist auch ihr gutes Recht. 40 Prozent der Bevölkerung sind laut einer Umfrage in besonderer Weise an gesunden und sicheren Lebensmitteln interessiert. Sie wollen, dass die Politik ihren Beitrag dazu leistet; das ist ihnen vielleicht wichtiger als das Wirtschaftswachstum oder eine gesicherte Energieversorgung. Das macht deutlich, wie wichtig dieser Sektor für uns und für die Menschen ist.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher vertrauen dabei auf eine hohe Lebensmittelsicherheit und auf eine hervorragende Produktqualität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

(C) Diese liefert unsere deutsche Landwirtschaft, und damit wird in der deutschen Landwirtschaft auch Geld verdient – zu Recht. Aber das Hinterfragen der Produktionsweise in der gesellschaftlichen Diskussion müssen wir natürlich auch ernst nehmen. Begriffe wie „industrielle Massentierhaltung“, „Antibiotikamissbrauch“ und – regelmäßig im Januar, wenn die Grüne Woche stattfindet – der Satz „Wir haben es satt!“ machen deutlich, dass die Form, die Art und Weise der Produktion und bestimmte Strukturen kritisch hinterfragt werden. Ich finde, es ist bislang für die Politik nicht ganz einfach, die richtige Antwort darauf zu finden.

Es beginnt ein Umdenkprozess in der Branche. Die Landwirte stellen sich diesen Themen. Der Bauernverband hat diese Diskussion, wenn ich zurückschauen, vor Jahr und Tag vermutlich gar nicht so ernst genommen. Mittlerweile reagiert aber nicht nur er darauf, sondern auch die ISN, wie ich neulich auf einer Veranstaltung der ISN, bei der es hervorragendes deutsches Fleisch gab, live feststellen konnte.

Ich glaube, das sind richtige Ansätze, um sich mit dem auseinanderzusetzen, was notwendig ist. Notwendig ist natürlich auch der stete Wandel. Notwendig ist auch, dass man auf die Gesellschaft zugeht. Ich hoffe, dass das alle Landwirte in Zukunft weiter gemeinsam tun werden.

Agrarpolitik ist heute ein Teil der Gesellschaftspolitik. Tiergerechte Haltungssysteme, Tierhygiene und besseres Management sind an sich Selbstverständlichkeiten, die in unseren Ställen umgesetzt werden. Wir sollten die Ställe an die Tiere anpassen und nicht umgekehrt. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb begrüße ich die Initiative Tierwohl; denn hierbei wird zum ersten Mal der Versuch unternommen, entlang der Kette ein System zu schaffen, das zu spürbaren Verbesserungen führt. Das ist ein erster Versuch; das ist ein erster Anlauf.

(Alois Gerig [CDU/CSU]: Genau!)

Es bedarf allerdings weiterer Initiativen und, wie ich glaube, auch einer entsprechenden Flankierung.

Ich glaube, der Verbraucher sollte klar und deutlich erkennen, unter welchen Tierschutz- und Tierwohlbedingungen das Fleisch produziert worden ist, das er an der Ladentheke kauft. Zu bedenken ist, dass die höheren Standards nicht nur für das Fleisch gelten, das an der Ladentheke unter diesem Label verkauft wird, sondern auch für das Fleisch, das für den Export bestimmt ist. Höhere Standards sind nur dann umzusetzen, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Branche in Gänze nicht infrage gestellt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Branche muss letztlich so wettbewerbsfähig und so produktiv sein, dass Maßnahmen für höhere Tierschutzstandards finanziert werden können.

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: So ist es!)

Dr. Wilhelm Priesmeier

- (A) Das Gutachten des Sachverständigenrates liefert einen, wie ich finde, guten und positiven Ansatz, der die Diskussion in den nächsten Jahren mit Sicherheit erheblich beflügeln wird.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Davon kann man ausgehen!)

Diese Diskussion ist notwendig. Notwendig ist aber auch, dass wir Konsequenzen ziehen und diesen Prozess begleiten, und zwar auch durch entsprechende Forderungen.

Dazu bedarf es vielleicht einer neuen Architektur der Agrarpolitik auf europäischer Ebene. Vielleicht muss man Geld aus dem kaum an Bedingungen geknüpften Zahlungssystem herausnehmen und zielgerichtet in landwirtschaftliche Betriebe investieren, die bereit sind, sich diesem Prozess zu stellen, die bereit sind, zu investieren und das Risiko zu tragen. Durch diese finanzielle Förderung kann man dafür sorgen, dass das Risiko derjenigen, die diesen Weg zuerst beschreiten, abgemildert wird. Das ist, glaube ich, grundsätzlich richtig.

Wenn wir uns die Ausrichtung der Agrarpolitik anschauen – dafür ist der Agrarpolitische Bericht immer ein guter Anlass –, sollten wir unser Augenmerk auch auf 2017 richten. Wir sollten die notwendigen Konsequenzen hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung der europäischen Agrarpolitik ziehen. Ich halte das jetzige System – das habe ich hier schon wiederholt kundtun dürfen – für wenig zukunftsfähig. Man sollte langsam beginnen, aus dem jetzigen System auszusteigen. Ziel muss es sein, dass wir nach 2020 aus dem Säulensystem, das wir auf europäischer Ebene entwickelt haben, herauskommen. Wir müssen für mehr Effizienz im Zahlungssystem sorgen, als wir heute haben.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Einen ersten Ansatz haben wir in die Koalitionsverhandlungen eingebracht: 4,5 Prozent aus der ersten in die zweite Säule. Mit Blick auf 2017 muss man natürlich sehen, dass 225 Millionen Euro in diesem Zusammenhang nicht allzu viel sind. Da kann man mehr tun.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 15 Prozent!)

Theoretisch können wir 750 Millionen Euro umschichten. Ich halte diesen Weg für richtig. Wir sollten das zum Ziel unserer Arbeit hier im Deutschen Bundestag machen; denn undifferenzierten Zahlungssystemen gehört sicherlich nicht die Zukunft.

Wir brauchen natürlich auch einen guten Ansatz für die Weiterentwicklung der Politik für die ländlichen Räume. Im Koalitionsvertrag haben wir dazu etwas aufgeschrieben: Wir wollen aus der GAK etwas Ordentliches machen. Diese Aufgabe werden wir jetzt angehen, im Sinne unserer ländlichen Räume. Wir wollen uns den Problemen stellen, die in bestimmten Regionen besonders groß sind, zum Beispiel bei mir zu Hause, wo wir 2035 – das ist nicht lang hin, das sind nur 20 Jahre – ein Viertel weniger Einwohner haben werden. Das macht deutlich, dass wir auch in diesem Bereich zusätzlicher finanzieller Ressourcen bedürfen, um die Politik für die

ländlichen Räume aktiv ausgestalten zu können, um Prozesse aktiv begleiten zu können. Es geht nicht darum, Sterbehilfe für die Dörfer zu leisten, sondern darum, Initiativen zu fördern, darum, bürgerschaftliches Engagement zu fördern, darum, all diejenigen zu fördern, die Ideen haben und sich in diesen Prozess einbringen wollen. (C)

Angesichts des, glaube ich, schon in der Abstimmung befindlichen Gesetzes zur Novellierung der alten GAK hoffe ich auf den Herbst und darauf, dass wir eine fruchtbare Diskussion führen werden.

In diesem Sinne vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Als nächster Redner hat Friedrich Ostendorff von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Überall volle Säle, kein Ereignis hat in den vergangenen Wochen die Diskussion über die Landwirtschaft und die Zukunft der Landwirtschaft so bestimmt und verändert wie das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates des Bundeslandwirtschaftsministeriums zur gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung. Überall wird heute entlang konkreter Vorschläge diskutiert, wohin unsere Nutztierhaltung gehen muss, um zukunftsfähig zu sein. (D)

Allerdings, nebenbei bemerkt, verhält sich Minister Schmidt auch zu dieser großen gesellschaftlichen Debatte wie immer, nämlich gar nicht. Stille, absolute Stille im Haus des Bundeslandwirtschaftsministers. Herr Minister Schmidt, Sie werden scheinbar zwischen Münchener Staatskanzlei und Bauernverband bis zur Unkenntlichkeit pulverisiert, aber nicht nur Sie, sondern leider auch – das bedauern wir besonders – das ganze Ministerium.

Herr Minister, die große Frage für uns alle ist doch: Wohin soll sich unsere Landwirtschaft entwickeln? Darüber müssen wir diskutieren und debattieren, und Sie müssen handeln. Sie sind die Handlungsebene.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wenn ich aber in den Agrarpolitischen Bericht schaue, dann muss ich feststellen, dass sich hinter Ihrem agrarpolitischen Leitbild – Kollegin Tackmann sagte es schon – nur leere Worthülsen, nur Allgemeinplätze verstecken: „... attraktive, lebenswerte und vitale ländliche Räume und eine nachhaltige, ökologisch verantwortbare, ökonomisch leistungsfähige und multifunktionale Landwirtschaft“ – wir Grünen hätten es nicht besser formulieren können – streben Sie an. Danke, Herr Minister, ja, aber etwas genauer wollten wir es dann doch schon wissen. Das ist, glaube ich, klar.

Friedrich Ostendorff

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Aber da Sie, Herr Minister Schmidt, im Zweifel nichts entscheiden, wird der Aktenberg der ungelösten Probleme höher und höher – statisch sehr bedenklich, nämlich bedrohlich hoch.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
LINKEN)

Uns würden wirklich einmal die konkreten Konzepte, mit denen Sie die Probleme anpacken wollen, interessieren. Reden wir doch endlich einmal Tacheles. Initiative Tierwohl – das Thema, das die Landwirtschaft momentan neben der großen Frage der Zukunft der Tierhaltung bewegt –: Welche Strategie, Herr Minister, haben Sie denn, um den Betrieben zu helfen, die sich auf den Weg gemacht haben, Tierschutz in die Ställe zu bringen, die Geld investiert haben und die heute im Regen stehen, da über die Hälfte von ihnen nicht in den Genuss der Ausgleichszahlungen kommt? Erklären Sie uns doch bitte Ihre Strategie. Hier und heute ist der Ort, wo die Landwirtschaft eine Antwort erwartet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Aber auch hier: nichts, gar nichts von Ihnen, kein Wort. Die Betriebe, die sich aufgemacht haben, müssen doch endlich für ihren Aufwand entlohnt werden, damit sie Mut fassen, auf diesem richtigen Weg weiterzumachen. Ihre Versprechungen, Herr Minister, waren groß. Sie haben während der Grünen Woche viel darüber geredet. Aber jetzt sind wir in einer Zeit, in der Taten erforderlich sind. Wir wollen endlich Taten sehen.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN – Zuruf von der CDU/
CSU: Was habt ihr dazu beigetragen?)

Ihre Aufgabe ist es, den Lebensmittelhandel mehr in die Verantwortung zu nehmen, sodass er das notwendige Geld für die tierwohlgerechte Haltung bereitstellt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Warme Worte helfen den Betrieben hier überhaupt nicht. Die Folgen Ihres Nichthandelns bezahlt die Gesellschaft, bezahlen die Steuerzahler, bezahlen die Bäuerinnen und Bauern. Aber es kann doch nicht sein, dass Steuerzahler die Auswüchse des falschen Wirtschaftens bezahlen. Ist denn der Staat zum Reparaturbetrieb der Wirtschaft gekommen? Das kann doch nicht Staatsaufgabe sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber was macht der Minister? Selbst die Kosten für die Beendigung des Kükenschredderns sollen nun die Steuerzahler zahlen. Wenn das nicht ein Beispiel für eine falsche wirtschaftliche Entwicklung ist, dann weiß ich nicht, was eins sein soll.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE
LINKE])

Noch schlimmer: Die Lösung vertagen Sie auch noch auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. (C)

Wie steht es denn nun um die Betriebe? Für die meisten Betriebe hat sich zum Glück das Einkommen – das war nötig für sie – in den letzten vier Jahren bis 2014 gut entwickelt, sehr gut entwickelt.

Aber wir alle wissen doch, dass dies ganz besondere Jahre waren. Und aktuell? Die Betriebsergebnisse werden aufgrund der abstürzenden Preise, der rasant abstürzenden Preise in diesem Jahr viel, viel schlechter ausfallen. Viele werden große Schwierigkeiten haben, die nächsten Jahre zu überstehen.

Sie wissen genauso gut wie ich, Herr Minister: Die Situation vieler Milchviehbetriebe entwickelt sich trotz Ihrer blumigen Zukunftsvisionen seit dem Wegfall der Quote am 1. April dieses Jahres desaströs. Schöne Märchen haben Sie in der Zeit rund um März/April erzählt. Wie blumig sie waren, die Worte! Sie sagten, wie toll alles wird, wie gut die Zukunft für die Milchviehhaltung ist.

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Sie haben
den Preis kaputtgeredet!)

– Ich habe den Milchpreis nicht gemacht – das wäre eine falsche Entwicklung, Herr Auernhammer –,

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Kaputtge-
redet habt ihr ihn!)

und ich glaube, Sie auch nicht; also wir beide nicht. Aber wir hätten es gemeinsam beeinflussen können. (D)

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Nein! Wie
denn?)

Um die Situation der Milchviehhalter in dieser Krisenzeit zu verbessern, sind ein effektives Krisenmanagement und Marktregulierungen nötig.

(Christian Schmidt, Bundesminister: Kommu-
nismus!)

Dazu haben wir Sie immer wieder aufgefordert, und das haben wir immer wieder angemahnt. Sie haben das vom Tisch gewischt. Wir Grüne haben deutlich gemacht, dass eine aktive Marktgestaltungspolitik für die Milch gebraucht wird, und wir haben deutlich gemacht, wie sie auszusehen hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE
LINKE])

Was hören wir auch hier vonseiten des Ministers seit Wochen, seit der Milchpreis abgestürzt ist? Nichts, gar nichts, eisiges Schweigen, Ignoranz!

(Christian Schmidt, Bundesminister: Wer hat
Ihnen eigentlich den Auftrag gegeben, hier so
etwas zu sagen? – Gegenruf der Abg. Steffi
Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ge-
hen Sie auf die Seite des Parlaments, wenn Sie
dazwischenrufen wollen! Nicht von der Regie-
rungsbank!)

Friedrich Ostendorff

- (A) Dabei laufen selbst auf europäischer Ebene die Diskussionen, wie die Probleme gelöst werden können, auf Hochtouren. Herr Minister, Handeln, auch wenn es Ihnen schwerfällt, ist dringend notwendig, mehr als dringend notwendig. Deshalb fordern wir von Ihnen: Legen Sie endlich einen Masterplan zum Umbau der Tierhaltung vor!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Herr Ostendorff, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Minister Schmidt zu?

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn ich meine drei Forderungen genannt habe, können wir gerne darüber diskutieren. Lassen Sie mich das aber eben zu Ende vortragen; denn sonst ist das abgehakt. – Legen Sie endlich einen Masterplan zum Umbau der Tierhaltung vor, Herr Minister! Sorgen Sie endlich dafür, dass der Lebensmittelhandel unter Druck gesetzt wird und er für die Initiative Tierwohl mehr Geld bereitstellt! Geben Sie der Milchviehhaltung eine Perspektive! Sorgen Sie endlich für aktive Milchmengensteuerung, damit nicht weiterhin jedes Jahr 4 Prozent der Milchbetriebe aufgeben müssen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt Sie, Herr Minister; ich freue mich auf Ihre Frage.

- (B) (Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Herr Abgeordneter Schmidt!)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Jetzt der Abgeordnete Schmidt.

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Der Abgeordnete Schmidt möchte diese Diskussion mit zwei Fragen zu dem in der Rede des Kollegen Vorgetragenen ergänzen.

Darf ich Sie bitten, uns an Ihren Ideen im Hinblick auf die Milchmarktregelung teilhaben zu lassen, bzw. ist Ihnen bekannt, welche Aussagen zur Zukunft des Milchmarktes in dem Gutachten, das das baden-württembergische Landwirtschaftsministerium gerade zu diesem Thema eingeholt hat, vor dem Hintergrund der derzeit schwierigen Situation getroffen worden sind?

Die zweite Frage, die ich stellen möchte, betrifft die Initiative Tierwohl. Ist Ihnen bekannt, dass die Initiative Tierwohl eine private Brancheninitiative des Deutschen Bauernverbandes und des Lebensmitteleinzelhandels ist? Welche Mittel schlagen Sie dem Bundesminister vor, um unter Beachtung des Kartellrechtes zu verordnen, was wo wer bezahlen soll?

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, wunderbar; danke für diese Fragen. – Nicht nur wir, sondern auch die Kollegen der Linken haben seit der Grünen Woche dazu aufgefordert

(Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU], an die Abg. Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] gewandt: Jetzt hat er mir ja die Zeit zum Fragen gegeben!)

(C)

– Herr Minister bzw., in diesem Fall, Herr Kollege, jetzt hören Sie mir bitte zu –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Kollege, genau! Kollege Minister!)

sich aktiv um die Milch zu kümmern, weil wir die Sorge hatten – das ist leider eingetreten; keiner von uns kann das wollen –, dass die Preise in große Turbulenzen kommen, und sich Gedanken zu machen: Welche Hilfsinstrumente kann es geben, um die Märkte zu stabilisieren? Aber Sie haben ja jede Debatte darüber abgelehnt; Sie haben sich auf keine Debatte eingelassen.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Richtig!)

Das wollen wir doch erst einmal feststellen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir haben gesagt, dass die Marktbeobachtungsstelle in Brüssel, die von den Milchviehhalterinnen und Milchviehaltern mühsam erkämpft worden ist, gestärkt werden muss. Wir haben das in den Haushaltsberatungen gesagt und entsprechende Anträge eingebracht, um dabei zu helfen, die Aktivitäten der Milcherzeuger zu bündeln und zu stärken.

(D)

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Geht es auch ein bisschen konkreter?)

Was war? Sie haben es abgelehnt! Sie haben ja keine Debatte darüber zugelassen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sich jetzt hierhinzustellen und uns zu fragen: „Wo sind denn die Instrumente?“, halte ich für infam. Wir werden Ihnen all unsere Vorschläge, die wir in den ganzen Reden der letzten Wochen und Monate vorgetragen haben, zuschicken.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Meine bitte auch! – Zurufe von der CDU/CSU: Oh! – Ach, das ist ja eine Milchmädchenrechnung!)

Das ist infam, wie Sie hier Politik machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, die Initiative Tierwohl ist sehr zu begrüßen. Sie haben immer wieder erklärt, dass sich das Ministerium in die Debatte einbringen wird, wenn diese Brancheninitiative Schwierigkeiten hat. Das ist sogar in den Verträgen niedergelegt. Was ist denn jetzt? Wo bringen Sie sich denn ein? Sagen wir es doch einmal so: Was muss denn noch passieren, damit Fahrt aufgenommen wird

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie Ostendorff!)

Friedrich Ostendorff

(A) und wir diese Debatte beginnen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE] – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Gehen Sie einmal auf die Fragen ein!)

Kommen Sie doch einmal mit mir in die Säle Westfalens und Niedersachsens, und hören Sie sich an, was dort zur Initiative Tierwohl diskutiert wird. Vielleicht haben Sie ja in Bayern keine Gelegenheit dazu. Die Bauern und Bäuerinnen fragen Johannes Röring und alle, die wir hier sind, wo die Hilfe bleibt, die ihnen versprochen worden ist. Hier ist der Minister gefordert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]: Frau Präsidentin!)

Herr Abgeordneter, Sie können sich gerne hinsetzen; ich bin mit meiner Beantwortung fertig.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Im wahrsten Sinne des Wortes!)

Zum Schluss will ich Ihnen, Herr Minister, aber noch sagen: Die Hoffnung stirbt zuletzt – auch bei uns, und das ist bei einem evangelischen Christen sehr schwer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

(B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren jetzt in der Debatte fort. – Als nächste Rednerin hat Ingrid Pahlmann von der CDU/CSU-Fraktion das Wohl.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ingrid Pahlmann (CDU/CSU):

Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Minister Schmidt hat ja die großen Schlaglichter des Agrarpolitischen Berichts beleuchtet und deutlich gemacht, dass die Anforderungen an die deutsche Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in immer stärkerem Maße auch mit den gesellschaftspolitischen Anforderungen korrespondieren müssen. Ich danke ihm auch ganz besonders für die Anerkennung, die er hier eben den so wirtschaftenden Betrieben ausgesprochen hat.

Herr Ostendorff, mir ist ein stilles, konkretes, effektives Arbeiten zehntausendmal lieber als laute Schaumschlägerei, die nur aus viel heißer Luft besteht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Jan-Marco Luczak [CDU/CSU]: Uns auch! – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo war das denn Schaumschlägerei?)

Aufgabe der Politik muss es sein, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Es muss auch was herauskommen beim Arbeiten!)

für ein Nebeneinander von Akzeptanz, Wertschätzung, aber auch wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit der Branche. (C)

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schöne Worte, keine Hilfen!)

Die Branchen sind bereit, sich den gesteigerten Anforderungen zu stellen und die Dinge mitzumachen, die auf den Weg gebracht werden.

Ich möchte jetzt aber die Aufmerksamkeit auf zwei spezielle Bereiche des Berichts lenken, die hier noch nicht behandelt worden sind, nämlich auf die Fischerei und auf die Forschung.

In der Fischereipolitik ist nachhaltige Fischerei das oberste Ziel – in der Binnen- wie auch in der Seefischerei –; denn eine nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände ist ökologisch geboten, und der Erhalt der Biodiversität ist im Sinne der Bewahrung der Schöpfung. Gesunde Bestände sichern aber auch die wirtschaftliche Lebensgrundlage der Fischer, die so einen wesentlichen und immer bedeutsamer werdenden Beitrag als Lieferanten gesunder Lebensmittel leisten können. Hier gilt, wie in anderen Bereichen auch, was der Bundesminister bereits bei der Vorstellung des Agrarpolitischen Berichts 2015 in der Befragung der Bundesregierung am 20. Mai 2015 postulierte:

Das Schützen und das Nutzen unserer natürlichen Ressourcen sind zwei Seiten einer Medaille.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Fischereiwesen in Deutschland ist ein traditioneller Bestandteil von Wirtschaft und Kultur – besonders an der Küste, aber auch im Binnenland. Deshalb ist es auch erfreulich, dass der weitaus größte Teil der deutschen Fischereifahrzeuge, nämlich 1 166 von insgesamt 1 530, der kleinen Küstenfischerei angehört. Auch wenn wir es kritisch sehen, dass sich die Kapazität der Fischereiflotte in den letzten Jahren insgesamt weiter verringert hat – die Fischereiflotte hat ja wirtschaftlich durchaus einen schweren Stand –, ist der eingeschlagene Weg auf jeden Fall der richtige. (D)

Gerade im Bereich der Hochseefischerei und der Küstenfischerei war der große Kraftakt der vergangenen Jahre die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik. Sie gilt seit dem 1. Januar des letzten Jahres. Auch wenn mit dem Inkrafttreten die eigentliche Arbeit erst angefangen hat und längst noch nicht alles zufriedenstellend gelöst ist, muss man doch anerkennen: Das Nachhaltigkeitsziel als oberstes Prinzip ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD])

Rückwurfverbot und Anlandegebot zeigen bereits erste Wirkungen. Die Entwicklung der Fischbestände im Berichtszeitraum ist erfreulich und zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind, den wir konsequent fortsetzen wollen.

Auch die Aquakultur darf in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Hier besteht noch erhebliches Potenzial für Wachstum und Produktionssteigerung, wo-

Ingrid Pahlmann

- (A) bei auch hier die nachhaltige und tiergerechte Erzeugung das oberste Prinzip sein muss.

Das spannt dann auch den Bogen zu meinem zweiten Schwerpunkt, der Agrarforschung. Hier wird das gefördert, was wir schon lange fordern: eine innovative und gut aufgestellte Forschung, die anwendungsorientiert zukunftsfähige Lösungen entwickelt, die Ressourcen schont und umweltverträglich unsere Agrar- und Ernährungswirtschaft wettbewerbsfähig hält. Dabei sind die einzelnen Forschungsfelder derart komplex, dass ihnen eigentlich eine weitaus größere Aufmerksamkeit zukommen sollte.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Ja!)

Ich nenne zukunftsfähige und attraktive ländliche Räume; nachhaltige Produktion und Nutzung pflanzlicher Ressourcen; Tiergesundheit, Tierschutz und nachhaltig gestaltete Erzeugung tierischer Produkte; funktionsfähige Märkte und faire Handelsbedingungen; Lebensmittel- und Produktsicherheit; gesunde Ernährung und Lebensweise sowie Sicherung der globalen Ernährung. All die genannten Forschungsfelder stehen gleichberechtigt nebeneinander und sind unabdingbar für eine gelingende Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dabei soll Forschung nicht nur gesellschaftliche Debatten aufgreifen und für diese Lösungen entwickeln, sondern sollte selbst auch zukunftsweisende Prozesse anstoßen. Hierfür muss Forschung allerdings nicht nur mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet werden, sondern auch strukturell ermöglicht werden, indem zum Beispiel Hindernisse abgebaut werden, die in der Programmförderung weiterhin noch vorhanden sind. Wir haben das Stichwort schon gehört – der Minister hat es angesprochen –: Entbürokratisierung ist ein großes Thema, auch für die Forschung.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung haben sich seit dem letzten Bericht um knapp 40 Millionen Euro erhöht. So fördern wir seit 2014 zum Beispiel im Rahmen der Eiweißstrategie –

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Frau Kollegin.

Ingrid Pahlmann (CDU/CSU):

– ich bin gleich fertig – Forschungsvorhaben mit dem Ziel, die Versorgung mit pflanzlichen Eiweißen heimischer Produktion zu verbessern.

Weil Forschungsergebnisse eben erst dann nutzbringend sind, wenn sie auch praktische Anwendung in den Betrieben finden, wurde die Deutsche Innovationspartnerschaft Agrar gegründet.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Frau Kollegin, Sie müssen jetzt wirklich zum Schluss kommen.

Ingrid Pahlmann (CDU/CSU):

(C)

Ja, ich komme zum Schluss. – Wir brauchen die Forschung an der Seite der Politik, wir brauchen die Forschung an der Seite der Betriebe – im Interesse aller und im Miteinander für den ländlichen Raum. Dann gelingt das auch.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Als nächster Redner hat Rainer Spiering von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Rainer Spiering (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Meinen Redebeitrag zum Agrarpolitischen Bericht 2015 möchte ich mit einem Zitat beginnen:

Der politische und gesellschaftliche Konsens, die Landwirtschaft als elementaren Teil unserer ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Gesellschaftsstruktur anzuerkennen, ist in Teilen brüchig geworden.

Das sagte Landwirtschaftsminister Schmidt bei der Vorstellung des Agrarpolitischen Berichts 2015.

Ein zweites Zitat daraus, auch vom Landwirtschaftsminister:

Die Bruttowertschöpfung im Bereich der Ernährungs- und Landwirtschaft beträgt 161 Milliarden Euro;

– diese Zahl ist heute schon einmal genannt worden –

das entspricht einem Anteil an der gesamten Wertschöpfung von 6 Prozent.

Diese beiden Zitate machen das Spannungsfeld klar, in dem wir uns zurzeit befinden: Wir haben eine sehr leistungsfähige Agrarwirtschaft. Aber wir haben auch eine gesellschaftliche Entwicklung, die dazu führt, dass die Menschen den Produkten der Agrarwirtschaft nicht mehr das Zutrauen entgegenbringen, das sie ihnen eigentlich entgegenbringen müssten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Und keine leistungsfähige Bundesregierung!)

Daran müssen wir schwerpunktmäßig arbeiten, und zwar unter Berücksichtigung der Kritik, die geübt worden ist.

Im Agrarpolitischen Bericht wird die Bedeutung eines verantwortungsvollen Umgangs mit Tieren und Umwelt betont. Zitiert worden ist heute bereits Professor Spiller, der mit seinem Gutachten über die Marketingseite – diese darf man nie vergessen – deutlich macht, wie das Produkt zurzeit in seinem Umfeld, also in Deutschland, wahrgenommen wird. Daraus folgt, es gibt in Deutschland nachhaltig, in unserem inneren Kreis und

(D)

Rainer Spiering

- (A) nicht irgendwo draußen, ein Unwohlsein. Dieses Unwohlsein kann man nicht wegdiskutieren; denn es ist da. Man kann es auch nicht verdecken; denn es ist da. Das heißt, wir müssen irgendwie damit umgehen. Und „umgehen“ bedeutet hier, eine Strategie zu entwickeln, mit der nach vorne geschaut wird.

Tierwohl kann dabei eine sehr große Rolle spielen. Ich möchte mich ausdrücklich bei meiner Kollegin Christina Jantz bedanken, die in diesem Zusammenhang ein wirklich ausgesprochen innovatives Papier entwickelt hat. Wir werden gemeinsam mit Christina dafür kämpfen, dass wir es umsetzen. Denn Tierwohl ist ein marktrelevanter Faktor. Aber wenn wir uns mit diesem marktrelevanten Faktor auseinandersetzen wollen, dann brauchen wir keine Versuche – probieren reicht nämlich nicht aus –, sondern nachhaltige wissenschaftliche Untersuchungen.

Die Kollegin Pahlmann hat gerade die Forschung angesprochen. Wir sind ein Land, das im Bereich Forschung und Entwicklung sehr stark ist. Zur Frage des Tierwohls sind wir aber offensichtlich noch nicht in der Lage nachhaltige Untersuchungsergebnisse vorlegen zu können. Das wird unsere Aufgabe sein.

Diskutiert wird auch der Stall der Zukunft. Aber der Stall der Zukunft – das hat gestern unser Gespräch mit der DAFA gezeigt – ist ein ausgesprochen vielschichtiges und analytisch schwer zu erfassendes Instrument. Die DAFA weist zu Recht darauf hin, dass eine Erprobung, wenn man sich dafür entscheidet, in mehreren Streams gemacht werden muss. Das heißt, man muss mehrere Projekte gleichzeitig auf den Weg bringen. Wenn man das tun will und den Landwirten, die man dafür braucht, nachhaltige Sicherheit für ihr Experiment geben will, dann müssen wir dafür Geld ausgeben, Herr Minister Schmidt. Das ist eine Tatsache; das ist eine einfache Wahrheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das gilt auch für andere Forschungsbereiche. Die Eiweißpflanzenstrategie ist bereits angesprochen worden. Schön und gut, Kolleginnen und Kollegen, aber damit, dass wir der Eiweißpflanzenstrategie die richtige Richtung geben, geben wir letztlich noch keine schlüssige Antwort. Das heißt, dass wir auch im Rahmen der Eiweißpflanzenstrategie sehr gründlich darüber nachdenken müssen, wie wir Proteine in einem ganz anderen Maße nutzen können, als wir das derzeit tun. Denn die Nutzung von Proteinen erfolgt nicht nur auf dem Weg über das Tier. Es gibt auch andere Nutzungsmöglichkeiten für Proteine. Auch in diesem Bereich werden wir Geld für Forschung in die Hand nehmen müssen. Forschung ist schlechthin der Ansatz, den wir brauchen, um überhaupt agieren zu können.

Da meine Redezeit schon abgelaufen ist, lassen Sie mich Folgendes sagen: Landwirtschaft made in Germany ist weltweit gefragt. Wir haben hochwertige Lebensmittel. Wir haben sehr hohe prozessorientierte Standards, und wir haben Spitzentechnologien im Bereich der Landmaschinenteknik. Wir können es schaffen, die

ökonomischen Interessen der Landwirtschaft mit den gestiegenen Anforderungen des Verbraucher- und des Umweltschutzes zu verknüpfen. Aber wir müssen dies auch wollen. Und dafür werden wir Geld in die Hand nehmen müssen. (C)

Wir müssen besser werden. Forschung ist dabei von zentraler Bedeutung. Der Agrarsektor ist – das ist mir in den letzten zwei Jahren klar geworden – einer der wenigen Sektoren, bei dem wir in Deutschland Urproduktion haben. Wir reden immer davon, dass wir nur eine Basis haben, nämlich unser Wissen. Nein, wir haben im landwirtschaftlichen Bereich auch Urproduktion, und wir müssen die Möglichkeiten, die wir im Bereich der Urproduktion haben, nutzen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Mittels Pflanzen findet Urproduktion statt. Aber es reicht nicht, darüber zu reden. Man muss auch Geld in die Hand nehmen, um eine Zukunftsperspektive aufzubauen. Wir können das, und wir wollen das.

Wir können mit Big Data, Topstechnologie und einer hochengagierten Landwirtschaft mit stark ausgeprägtem Umwelt- und Produktbewusstsein einen Zyklus vorgeben, mit dem Deutschland in der Welt Vorreiter sein kann – wenn wir denn wollen.

Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

- (B) Vielen Dank. – Als letzter Redner in dieser Debatte hat Franz-Josef Holzenkamp von der CDU/CSU-Fraktion das Wort. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Rainer Spiering, mit dieser Rede kann man sich sogar bei der CDU bewerben.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Bekommt er auch Geld dafür?)

Aber zurück zum Agrarpolitischen Bericht 2015. Man sollte vielleicht auch noch den Gartenbau erwähnen. Er wurde nämlich bislang komplett vergessen.

Jedenfalls, meine Damen und Herren, tut sich etwas in unserem Land. Das Interesse am Essen und Trinken – und auch ein bisschen die Wertschätzung dafür – steigt,

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ich denke, Sie sind gegen Adipositas!)

wenn es auch, wie ich finde, noch zu gering ist; da ist noch Luft nach oben. Über diese Entwicklung können wir uns freuen. Auch das Interesse an der Art und Weise der Erzeugung in Deutschland steigt,

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Trotz dieser Regierung!)

Franz-Josef Holzenkamp

- (A) ob im Pflanzenbau oder in der Tierhaltung. Die Agrarpolitik steht also zunehmend im gesellschaftlichen Fokus.

Ich will an dieser Stelle aber auch anmerken: Ich finde, wir verlangen richtig viel von unseren Landwirten, und sie leisten auch richtig viel. Ich finde, dafür haben sie ganz banal Dank, Würdigung und Unterstützung verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie sind in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten dem Preisdruck der Märkte und den Forderungen nach Effizienzsteigerungen sehr erfolgreich entgegengetreten. Aber gleichzeitig – auch das ist wahr – sind Akzeptanz und Vertrauen spürbar gesunken. Die Erwartungen und Ansprüche der Gesellschaft steigen. Das tatsächliche Kaufverhalten ist aber nach wie vor im Wesentlichen von Preisbewusstsein geprägt. Der Agrarpolitische Bericht greift dieses Spannungsfeld als Standortbestimmung auf. Wichtig ist nun, die Weichen richtig zu stellen und die entsprechenden Vorhaben auf den Weg zu bringen.

Ich will behaupten: Das BMEL, die Agrarwirtschaft und wir als Agrarpolitiker sind auf einem guten Weg, und zwar mit einer Art Qualitätsoffensive Landwirtschaft made in Germany, wie ich es einmal nennen möchte.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Aber im Schleichgang!)

(B)

Wir haben auch Veränderungsbereitschaft – das hat Bundesminister Schmidt deutlich gemacht –, Landwirtschaft neu zu denken. Aber wir machen es ein bisschen anders als einige andere, nämlich miteinander statt gegeneinander.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Jahre später!)

Wir wollen den notwendigen Änderungsprozess als Chance verstehen. Aber dafür brauchen wir Begeisterung. Wir dürfen keine Zukunftsängste unter den Landwirten und in der Landwirtschaft verbreiten. Da stehen wir alle in der Verantwortung, meine Damen und Herren.

Der gesundheitliche Verbraucherschutz spielt eine große Rolle. Ich will nur zwei Beispiele nennen. Wir wollen die Kennzeichnung vorantreiben, damit jeder weiß, ob das drin ist, was draufsteht, nach dem Motto „Wahrheit und Klarheit“.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb kämpfen wir für eine umfassende GVO-Prozesskennzeichnung. Ich will an dieser Stelle auch erwähnen: Wir haben trotz Anlaufschwierigkeiten das AMG novelliert, um den Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung zu reduzieren, und haben damit große Verantwortung übernommen. Dieses Gesetz ist beispielhaft und dient dazu, den Antibiotikaeinsatz jedes landwirtschaft-

lichen Betriebs zu ermitteln und automatisch Reduktionsmaßnahmen auf den Weg zu bringen. (C)

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Aber das reicht nicht!)

Hier sind wir hervorragend aufgestellt. Darüber dürfen wir uns auch einmal freuen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Aber Dokumentation reicht nicht! – Zuruf des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Landwirtschaft, meine Damen und Herren, ist aber auch Wirtschaft. Nur durch Landwirtschaft gibt es nämlich auch lebendige Dörfer. Natürlich funktioniert Wirtschaft nur – Herr Spiering hat bereits darauf hingewiesen –, wenn Wettbewerbsfähigkeit gegeben ist. Im Übrigen gibt es ohne Wettbewerbsfähigkeit auch keine Nachhaltigkeit. Das hat der kollektive Zusammenbruch des Sozialismus gezeigt. Anders geht es nicht. Dabei gewinnt Regionalität an besonderer Bedeutung. Ich will aber klarstellen: Für uns sind Regionalität und Globalität kein Widerspruch. Wochenmarkt und Weltmarkt sind unsere Leitlinie. Deshalb bin ich dem Bundesminister dankbar, dass beide Richtungen gestärkt und nicht gegeneinander ausgespielt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen unsere Ressourcen im Umweltbereich schützen und nutzen. Pflanzenschutz und Düngerecht stehen im Zentrum einer effizienten und ressourcenschonenden Pflanzenerzeugung. Es wurde darauf hingewiesen, dass wir die Düngeverordnung neu regeln, (D)

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben! – Zuruf der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

um Einträge in Wasser zu minimieren. Aber ich will unterstreichen: Auch die Pflanzen müssen ausreichend ernährt werden. Das geht nicht mit Verboten, sondern nur mit Lösungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch in der Tierhaltung ergreifen wir – das wurde schon mehrfach angesprochen – konkrete politische Maßnahmen. Ich weise auf die Tierwohl-Initiative des BMEL hin. In diesem Rahmen wollen wir konkrete Lösungen durch Forschung erarbeiten und den Landwirten anbieten. Wir machen Politik, indem wir Lösungen anbieten, und nicht, indem wir nur Verbote aussprechen; das greift nämlich zu kurz. Deshalb haben wir die Initiative „Verbindliche Freiwilligkeit“ ins Leben gerufen. Friedrich Ostendorff, ich weiß um all die Probleme, die du zu Recht angesprochen hast, und dass sich der Handel stellenweise nicht ausreichend seiner Verantwortung stellt. Daran arbeiten wir.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Herr Kollege Holzenkamp, Sie müssen zum Schluss kommen.

(A) Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

Ich komme zum Schluss. – Die Initiative „Verbindliche Freiwilligkeit“ ist ein erster Schritt; nur so haben wir die Chance, dass die Landwirte für ihre höheren Standards tatsächlich angemessen entlohnt werden.

Meine Damen und Herren, wir sind auf einem sehr guten Weg. Wir nehmen die richtigen Weichenstellungen vor. Wir stehen vor einer herausfordernden und spannenden Aufgabe.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das sind jetzt gleich sieben Minuten!)

Ich lade Sie alle herzlich ein, mitzumachen, aber bitte konstruktiv.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege. – Ich wünsche Ihnen allen sowie unseren Gästen auf der Tribüne einen schönen Mittag.

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/4970 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(B) Ich bitte um Platzwechsel. Wer die nächste Debatte nicht verfolgen will, möge den Saal bitte zügig verlassen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 33 auf:

Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte**

Drucksache 18/5201

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Arbeit und Soziales

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Heiko Maas, der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, hat das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Heiko Maas, Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir den Beruf der Syndikusanwälte und -anwältinnen zum ersten Mal auf eine eigene gesetzliche Grundlage stellen. Wir wollen damit Rechtssicherheit

für die Betroffenen schaffen, aber wir wollen vor allen Dingen auch – das ist ein wichtiges Ziel – die Einheit der Anwaltschaft stärken. (C)

Dieser Gesetzentwurf hat einen Anlass. Es sind die Urteile des Bundessozialgerichts aus dem vergangenen Jahr. Die meisten, die sich damit beschäftigt haben, werden sie kennen. Das Gericht in Kassel war der Ansicht, dass ein Jurist, der bei einem nichtanwaltlichen Arbeitgeber angestellt ist, kein Anwalt sein kann. Diese Urteile haben bei den Betroffenen für große Unsicherheit gesorgt; denn damit standen für sie die Mitgliedschaft in den Versorgungswerken der Anwaltschaft und damit auch ihre Altersversorgung auf dem Spiel.

Mit diesem Gesetzentwurf formulieren wir jetzt erstmals klare Voraussetzungen, unter denen ein Syndikus für seine Tätigkeit im Unternehmen zur Rechtsanwaltschaft zugelassen werden kann. Wir schaffen damit Rechtssicherheit für über 40 000 Kolleginnen und Kollegen; denn wir geben ihnen die Möglichkeit – darum geht es im Wesentlichen in diesem Gesetzentwurf –, in die Versorgungswerke zurückzukehren.

Unser Gesetzentwurf geht von einer berufsrechtlichen Lösung aus. Ob ein Unternehmensjurist als Anwalt zu qualifizieren ist, hängt danach von folgenden Umständen ab: Er muss fachlich unabhängig und weisungsfrei tätig sein. Seine Tätigkeit muss darin bestehen, Rechtsfragen zu prüfen, Rechtsrat zu erteilen und Rechtsverhältnisse zu gestalten, und er muss eine Vertretungsbefugnis nach außen besitzen. Dabei orientieren wir uns genau an den Kriterien, die die Deutsche Rentenversicherung auch bisher schon angelegt hat. (D)

Mit der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft werden die Syndikusanwälte den übrigen Anwälten weitestgehend gleichgestellt. Einige Unterschiede bestehen nur bei der Vertretung und bei den Privilegien in der Strafprozessordnung; aber das ist, wie ich finde, nachvollziehbar und berechtigt.

Der Syndikusrechtsanwalt ist in seiner Beratung und Vertretung grundsätzlich auf die Rechtsangelegenheiten seines Arbeitgebers beschränkt. Wo vor Zivil- und Arbeitsgerichtlichen Anwaltszwang herrscht, dürfen Syndikusanwälte ihren Arbeitgeber nicht gerichtlich vertreten. Auch das halte ich für sinnvoll und notwendig. In Straf- und Bußgeldverfahren besteht ein umfassendes Vertretungsverbot. Außerdem sollen das Zeugnisverweigerungsrecht und das Beschlagnahmeverbot der StPO hier nicht gelten. – Diese Einschränkungen sind allesamt begründet, sie sind der besonderen Stellung der angestellten Anwältinnen und Anwälte in ihren Unternehmen geschuldet und deshalb, wie ich finde, alle sehr nachvollziehbar.

Ganz wichtig bei diesem Gesetzentwurf ist auch, dass sich zugelassene Syndikusanwälte in Zukunft wieder von der Rentenversicherungspflicht befreien lassen können. Für besondere Rechtssicherheit – darauf kommt es vielen Syndikusanwälten, die im Moment sehr verunsichert sind, an – sorgt dabei die Bindungswirkung der Kammerentscheidung. Wenn die Rechtsanwaltskammer einen Unternehmensjuristen zur Rechtsanwaltschaft zu-